
S 24 AS 1574/15

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Bundesrepublik Deutschland
Sozialgericht	Bundessozialgericht
Sachgebiet	Grundsicherung für Arbeitsuchende
Abteilung	-
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	Arbeitslosengeld II – Mehrbedarf – unabweisbarer laufender besonderer Bedarf – Unabweisbarkeit – Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums – Pflege zwischenmenschlicher Beziehungen – Kosten für Besuche bei einem inhaftierten nichtehelichen Lebensgefährten – Berücksichtigung von Einsparmöglichkeiten des Leistungsberechtigten
Leitsätze	Die vom zu gewährleistenden Existenzminimum umfasste Möglichkeit zur Pflege zwischenmenschlicher Beziehungen ist nicht von vornherein auf die Beziehungspflege zu solchen Personen beschränkt, deren Verhältnis dem Schutzbereich des Art 6 Abs 1 GG unterfällt oder familienrechtlich geregelt ist.
Normenkette	SGB II § 21 Abs 6 S 1 F: 2011-05-13; SGB II § 21 Abs 6 S 2 ; GG Art 1 Abs 1 ; GG Art 6 Abs 1 ; GG Art 20 Abs 1

1. Instanz

Aktenzeichen	S 24 AS 1574/15
Datum	16.03.2017

2. Instanz

Aktenzeichen	L 2 AS 346/17
Datum	07.07.2020

3. Instanz

Datum	26.01.2022
-------	------------

Â

Auf die Revision des Beklagten wird das Urteil des Landessozialgerichts Sachsen-Anhalt vom 7.Â Juli 2020 aufgehoben.

Der Rechtsstreit wird zur erneuten Verhandlung und Entscheidung an das Landessozialgericht zurÃ¼ckverwiesen.

Â

G r Ã¼ n d e :

I

Â

1

Streitig ist die GewÃ¼hrung eines HÃ¼rtefallmehrbedarfs fÃ¼r Besuche der KlÃ¼gerin bei ihrem inhaftierten LebensgefÃ¼hrten im Februar 2015.

Â

2

Die KlÃ¼gerin lebte im Februar 2015 allein in H. Sie unterhielt nach eigenen Angaben seit 1998 eine Beziehung zu Herrn A (im Folgenden: LebensgefÃ¼hrte). Dieser befand sich seit August 2012 in Haft, zunÃ¼chst in der Justizvollzugsanstalt (JVA) H, spÃ¼ter in der JVA B, wo die KlÃ¼gerin ihn regelmÃ¼Ãig besuchte. Der Beklagte bewilligte der KlÃ¼gerin Leistungen der Grundsicherung fÃ¼r Arbeitsuchende fÃ¼r Dezember 2014 bis Mai 2015 ohne BerÃ¼cksichtigung eines HÃ¼rtefallmehrbedarfs (*jeweils unangefochtener Bescheid vom 11.11.2014 und Ã¼nderungsbescheid vom 1.12.2014*).

Â

3

Im Februar 2015 beantragte die KlÃ¼gerin beim Beklagten Leistungen fÃ¼r die Fahrten zur JVA B, wo sie ihren LebensgefÃ¼hrten am 5.Â und am 19.2.2015 besucht habe. Sie machte unter Vorlage von Tankquittungen Kosten iHv 44,23Â Euro (am 5.2.2015) und von 35,55Â Euro (am 19.2.2015) geltend (insgesamt: 79,78Â Euro).

Â

4

Der Beklagte lehnte den Antrag ab (*Bescheid vom 9.3.2015*). Die KlÄgerin sei in der Lage, die Kosten aus eigenen KrÄften und Mitteln in vollem Umfang zu decken. Es lÄgen keine temporÄre Bedarfsgemeinschaft und kein besonderer, unabweisbarer Bedarf vor. Den Widerspruch der KlÄgerin wies der Beklagte zurÄck (*Widerspruchsbescheid vom 30.3.2015*). Die Fahrtkosten stellten keinen unabweisbaren Bedarf dar; sie seien aus dem Regelbedarf zu bestreiten. Es handle sich nicht um Kosten, die durch die Wahrnehmung eines Umgangsrechts entstÄnden; vielmehr seien sie mit den Kosten privater Besuche vergleichbar.

Ä

5

Das SG hat die Klage abgewiesen (*Urteil vom 16.3.2017*). Das LSG hat auf die vom SG zugelassene Berufung der KlÄgerin das Urteil des SG und den Bescheid des Beklagten vom 9.3.2015 in Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 30.3.2015 aufgehoben und den Beklagten verpflichtet, den Bescheid vom 11.11.2014 in der Fassung des Änderungsbescheids vom 1.12.2014 abzuÄndern und der KlÄgerin fÄr Februar 2015 weitere 79,78Ä Euro zu gewÄhren (*Urteil vom 7.7.2020*). Die KlÄgerin habe einen Anspruch auf weitere Leistungen (mindestens) in HÄhe der begehrten 79,78Ä Euro aus [ÄÄ 21 AbsÄ 6 SatzÄ 1 SGBÄ II](#).

Ä

6

Hiergegen richtet sich die vom Senat zugelassene Revision des Beklagten, der eine Verletzung des [ÄÄ 21 AbsÄ 6 SGBÄ II](#) rÄgt. Er ist der Ansicht, dass der Bedarf nicht unabweisbar gewesen sei. Die KlÄgerin habe in den 17Ä Monaten vor dem hier streitgegenstÄndlichen Monat die Fahrtkosten fÄr die regelmÄÄigen Besuche in der JVA auf andere Weise gedeckt. Die Besuche seien zudem in Begleitung des Bruders des Inhaftierten erfolgt, sodass die MÄglichkeit der Bedarfsdeckung durch Zuwendungen Dritter gegeben gewesen sei. Die Beziehung der KlÄgerin zu ihrem LebensgefÄhrten sei auch nicht mit Ehepaaren oder engen verwandtschaftlichen Beziehungen gleichzusetzen. Vor Haftantritt habe keine VerantwortungsÄ und Einstehensgemeinschaft bestanden. Die KlÄgerin sei zu Besuchen in der JVA weder rechtlich noch sittlich verpflichtet; eine Kommunikation mittels Brief und Telefon sei mÄglich.

Ä

7

Der Beklagte beantragt,
das Urteil des Landessozialgerichts SachsenÄAnhalt vom 7.Ä Juli 2020 aufzuheben und die Berufung der KlÄgerin gegen das Urteil des Sozialgerichts Halle vom 16.Ä MÄrz 2017 zurÄckzuweisen.

Â

8

Die Klägerin beantragt,
die Revision des Beklagten zurückzuweisen.

Â

9

Sie verteidigt die Entscheidung des LSG.

Â

II

Â

10

Die Revision des Beklagten hat im Sinne der Aufhebung und Zurückverweisung des Rechtsstreits an das Berufungsgericht Erfolg ([    170 Abs   2 Satz   2 SGG](#)). Auf Grundlage der bisherigen Feststellungen des LSG kann der Senat nicht abschließend entscheiden, ob (und ggf in welcher Höhe) die Klägerin einen Anspruch auf Berücksichtigung eines Mehrbedarfs für Februar 2015 hat.

Â

11

1.   Gegenstand des Revisionsverfahrens ist neben den vorinstanzlichen Entscheidungen der Bescheid des Beklagten vom 9.3.2015 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 30.3.2015 ([    95 SGG](#)). Da es sich bei dem hier streitigen H  rtefallmehrbedarf nach [    21 Abs   6 SGB   II](#) nach der Rechtsprechung des BSG nicht um einen vom Regelbedarf abtrennbaren Streitgegenstand handelt (*BSG vom 12.12.2013       B   4   AS 6/13   R       BSGE 115, 77* = *SozR 4    4200      21 Nr   16, RdNr   11*; zuletzt *BSG vom 12.5.2021       B   4   AS 88/20   R       SozR 4    4200      21 Nr   35, RdNr   11*), enthält der Bescheid vom 9.3.2015 der Sache nach die Regelung, eine Änderung des Bescheids vom 11.11.2014 in der Fassung des Änderungsbescheids vom 1.12.2014 hinsichtlich der Gewährung von weiteren Leistungen für Februar 2015 abzulehnen (*zur Zulässigkeit der Begrenzung des Streitgegenstandes auf einzelne Monate BSG vom 11.2.2015       B   4   AS 27/14   R       BSGE 118, 82* = *SozR 4    4200      21 Nr   21, RdNr   10*; *BSG vom 12.5.2021       B   4   AS 88/20   R       SozR 4    4200      21 Nr   35, RdNr   11 mwN*).

  

2. Der Senat kann offenlassen, ob verwaltungsverfahrenrechtliche Grundlage [§ 40 Abs 1 SGB II](#) iVm [§ 44 Abs 1 Satz 1 SGB X](#) oder [§ 40 Abs 2 Nr 3 SGB II](#) iVm [§ 330 Abs 3 Satz 1 SGB III](#), [§ 48 Abs 1 Satz 2 Nr 1 SGB X](#) ist. [§ 44 Abs 1 Satz 1 SGB X](#) könnte zur Anwendung, wenn der Bescheid vom 1.12.2014 (vgl zur Maßgeblichkeit des Zeitpunkts des letzten Verwaltungsakts BSG vom 8.12.2020 – [B 4 AS 46/20 R](#) – [BSGE 131, 128](#) – [SozR 4-1300 § 45 Nr 24, RdNr 16](#)) bereits bei seinem Erlass rechtswidrig gewesen wäre, weil bereits zu diesem Zeitpunkt entweder festgestanden hat, dass und in welcher Höhe der Mehrbedarf im Februar 2015 bestanden hat, oder die Voraussetzungen des [§ 40 Abs 2 Nr 1 SGB II](#) (in der vom 1.4.2011 bis 31.7.2016 geltenden Fassung des Gesetzes vom 13.5.2011, [BGBl I 850](#)) iVm [§ 328 Abs 1 Satz 1 Nr 3 SGB III](#) (heute [§ 41a Abs 1 Satz 1 SGB II](#)) für eine nur vorläufige Bewilligung vorgelegen haben (vgl zur Rechtswidrigkeit eines endgültigen Bescheids auf Grundlage eines nicht vollständig aufgeklärten Sachverhalts BSG vom 29.4.2015 – [B 14 AS 31/14 R](#) – [SozR 4-4200 § 40 Nr 9 RdNr 19](#)). Wäre keine dieser beiden Voraussetzungen erfüllt, wäre [§ 48 Abs 1 Satz 2 Nr 1 SGB X](#) einschlägig. Diese Unterscheidung ist aber hier nicht entscheidungserheblich, weil es in beiden Fallkonstellationen darauf ankommt, ob die Klägerin einen Härtefallmehrbedarfsanspruch aus [§ 21 Abs 6 SGB II](#) hat; dies aber kann der Senat aufgrund fehlender Feststellungen des LSG nicht abschließend entscheiden.

Ä

a) Die Klägerin erfüllte nach dem Gesamtzusammenhang der Feststellungen des LSG die Anspruchsvoraussetzungen für Alg II ([§ 7 Abs 1 Satz 1 SGB II](#)), denn sie hatte die Altersgrenze des [§ 7a SGB II](#) noch nicht erreicht, war erwerbsfähig, hilfebedürftig und hatte ihren gewöhnlichen Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Ausschlussstatbestand nach [§ 7 Abs 1 Satz 2, Abs 4 ff SGB II](#) lag nicht vor.

Ä

b) Gemäß [§ 21 Abs 6 SGB II](#) (in der hier anzuwendenden, vom 1.4.2011 bis 31.12.2020 geltenden Fassung des Gesetzes vom 13.5.2011, [BGBl I 850](#)) wird bei Leistungsberechtigten ein Mehrbedarf anerkannt, soweit im Einzelfall ein unabweisbarer, laufender, nicht nur einmaliger besonderer Bedarf besteht (Satz 1). Der Mehrbedarf ist unabweisbar, wenn er insbesondere nicht durch die Zuwendungen Dritter sowie unter Berücksichtigung von Einsparmöglichkeiten der Hilfebedürftigen gedeckt ist und seiner Höhe nach erheblich von einem durchschnittlichen Bedarf abweicht (Satz 2). Es handelt sich bei [§ 21 Abs 6 SGB II](#) um eine Ausnahmegesetzvorschrift für atypische Bedarfslagen, mit der der

Gesetzgeber die vom BVerfG in seinem Urteil vom 9.2.2010 ([1Â BvL 1/09](#) [â  Â BVerfGEÂ 125. 175](#) =Â SozR 4â  4200 Â   20 NrÂ 12) erlassene Regelungsanordnung kodifiziert hat (vgl zu den Anwendungsma  st  ben der Norm BSG vom 12.5.2021 [â  Â BÂ 4Â AS 88/20Â RÂ](#) [â   SozR 4â  4200 Â   21 NrÂ 35, RdNrÂ 17](#)). Diese Härtefallklausel dient dazu, Bedarfe zu erfassen, die aufgrund ihres individuellen Charakters bei der pauschalierenden Regelbedarfsbemessung der Art oder der Höhe nach nicht erfasst werden können (vgl BVerfG vom 9.2.2010 [â  Â 1Â BvL 1/09](#)Â uaÂ [â   BVerfGE 125. 175](#) [252Â ff] =Â SozR 4â  4200 Â   20 NrÂ 12 RdNrÂ 204Â ff; *Beschlussempfehlung und Bericht des Haushaltsausschusses des Bundestages*, BT  Drucks 17/1465 S   8; zuletzt BSG vom 26.11.2020 [â  Â BÂ 14Â AS 23/20Â RÂ](#) [â   SozR 4â  4200 Â   21 NrÂ 34 RdNrÂ 19](#); BSG vom 12.5.2021 [â  Â BÂ 4Â AS 88/20Â RÂ](#) [â   SozR 4â  4200 Â   21 NrÂ 35, RdNrÂ 17](#)). Allerdings hat diese Härtefallregelung nicht die Funktion, eine (vermeintlich oder tatsächlich) unzureichende Höhe des Regelbedarfs an sich auszugleichen (BSG vom 12.5.2021 [â  Â BÂ 4Â AS 88/20Â RÂ](#) [â   SozR 4â  4200 Â   21 NrÂ 35, RdNrÂ 17 mwN](#)).

  

15

c)   Ein Mehrbedarf ist unabweisbar, wenn er insbesondere nicht durch die Zuwendungen Dritter (*einschließlich der Leistungen anderer Sozialleistungsträger*; vgl BSG vom 12.12.2013 [â  Â BÂ 4Â AS 6/13Â RÂ](#) [â   BSGEÂ 115. 77](#) =Â SozR 4â  4200 Â   21 NrÂ 16, RdNrÂ 22; BSG vom 20.1.2016 [â  Â BÂ 14Â AS 8/15Â RÂ](#) [â   SozR 4â  4200 Â   21 NrÂ 25 RdNrÂ 21](#)) sowie unter Berücksichtigung von Einsparmöglichkeiten der Leistungsberechtigten gedeckt ist und seiner Höhe nach erheblich von einem durchschnittlichen Bedarf abweicht ([    21 Abs   6 Satz   2 SGB   II](#)). Diese Definition ist nicht abschließend ([   insbesondere   ](#)). Das Merkmal der Unabweisbarkeit betrifft sowohl den Aspekt des Bedarfs als solchen als auch die Frage der anderweitigen Bedarfsdeckung (BSG vom 12.5.2021 [â  Â BÂ 4Â AS 88/20Â RÂ](#) [â   SozR 4â  4200 Â   21 NrÂ 35, RdNrÂ 20 mwN](#)).

  

16

aa)   Nach diesen Maßstäben ist der geltend gemachte Mehrbedarf dem Grunde nach unabweisbar, soweit er der Sicherung eines menschenwürdigen Existenzminimums dient. Das zu gewährleistende Existenzminimum umfasst auch die Möglichkeit zur Pflege zwischenmenschlicher Beziehungen (BVerfG vom 9.2.2010 [â  Â 1Â BvL 1/09](#) uaÂ [â   BVerfGE 125. 175](#) [223] = SozR 4â  4200 Â   20 NrÂ 12 RdNrÂ 135; BSG vom 28.11.2018 [â  Â BÂ 14Â AS 48/17Â RÂ](#) [â   BSGE 127. 78](#) = SozR 4â  4200 Â   21 NrÂ 30, RdNrÂ 14). Diese Gewährleistung ist [    ](#) wie das LSG zu Recht angenommen hat   [   ](#) nicht von vorneherein auf die Beziehungspflege zu solchen Personen beschränkt, deren Verhältnis dem Schutzbereich des Art   6 Abs   1 GG unterfällt oder familienrechtlich geregelt

ist (vgl BSG vom 28.11.2018 [BÂ 14Â AS 48/17Â RÂ](#) [BSGE 127. 78](#) = SozR 4â 4200 Â 21 NrÂ 30, RdNrÂ 18). Der Umfang der zur Aufrechterhaltung eines menschenwÃ¼rdigen Daseins unbedingt erforderlichen Mittel (BVerfG vom 9.2.2010 [1Â BvL 1/09](#) ua [BVerfGE 125. 175](#) [223] = SozR 4â 4200 Â 20 NrÂ 12 RdNrÂ 135; BVerfG [Kammer] vom 7.7.2010 [1Â BvR 2556/09](#) [BVerfGK 17. 375](#) [376] = SozR 4â 4200 Â 11 NrÂ 33 RdNrÂ 9) richtet sich allein nach ArtÂ 1 AbsÂ 1 iVm ArtÂ 20 AbsÂ 1 GG (BVerfG [Kammer] vom 7.7.2010 [1Â BvR 2556/09](#) [BVerfGK 17. 375](#) [377] = SozR 4â 4200 Â 11 NrÂ 33 RdNrÂ 10; BVerfG [Kammer] vom 29.5.2013 [1Â BvR 1083/09](#) [juris](#) RdNrÂ 10 [insoweit in](#)